

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 063-2016
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2016.RRGR.284

Eingereicht am: 14.03.2016

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Beutler (Gwatt, EDU) (Sprecher/in)
Müller (Orvin, SVP)
Schnegg (Champozy, SVP)
Gsteiger (Eschert, EVP)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Ja 17.03.2016

RRB-Nr.: vom
Direktion: Polizei- und Militärdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:



Integration statt Rente - eine Chance für das Jugendheim Prêles

Der Regierungsrat wird beauftragt,

1. in Erfahrung zu bringen, inwiefern innerkantonal und/oder ausserkantonal ein Bedarf an stationären Plätzen zur Arbeitsintegration jugendlicher IV-Rentner besteht
2. zu evaluieren, ob ein solches Angebot allenfalls im Sinne einer Diversifizierung auf andere Zweige (z. B. Drogenrehabilitation) ausgeweitet werden könnte
3. eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die unter Berücksichtigung der Dringlichkeit und zuhanden der zuständigen Behörden ein konkretes Projekt entwickelt

Begründung:

Das Jugendheim Prêles besteht nicht nur aus Gebäuden und Landwirtschaftsflächen. Es beinhaltet eine über Jahre gewachsene und im Rahmen der kürzlich erfolgten Renovationen bestens etablierte Infrastruktur zur Arbeitsintegration. Aufgrund einer anhaltenden Unterbelegung musste leider die Schliessung erwogen werden. Deren Umsetzung ist bereits weit fortgeschritten.

Im Gegensatz zu Ausbildnern in marktwirtschaftlichen Betrieben sind die in Prêles tätigen Arbeitstherapeuten gewohnt, mit schwierigen Jugendlichen umzugehen. Neben den ausgebildeten Sozialpädagogen hat es viele Fachleute mit entsprechenden Zusatzausbildungen und/oder einer mehrjährigen Erfahrung in diesem Umfeld. Es wäre sehr schade, wenn diese wertvolle Infrastruktur im Rahmen der Schliessung der Jugendstrafanstalt einfach aufgelöst würde.

Vor zwei Jahren schlugen Experten Alarm, weil publik wurde, dass sich die Zahl der jugendlichen IV-Bezüger im Verlauf der letzten 15 Jahre praktisch verdreifacht hatte. Der Grund lag in der starken Zunahme von Renten wegen psychischer Erkrankungen, insbesondere ADHS und Persönlichkeitsstörungen. Sind unter erwachsenen IV-Rentnern psychische Diagnosen nur etwa zur Hälfte der Grund für eine Berentung, sind es bei Jugendlichen 70 bis 80 Prozent.

Die Parlamentarische Initiative 14.416 von Maja Ingold (EVP), eingereicht im März 2014, hatte dieses Problem zum Thema. Diese wurde noch vor der Beratung in der SGK-NR zurückgezogen. Die Gründe für den Rückzug konnten bis zur Einreichung dieses Vorstosses nicht in Erfahrung gebracht werden.

Die Nutzung der arbeitsagogischen Infrastruktur im Jugendheim Prêles käme einer Win-win-Situation gleich. Einerseits würden die für teures Geld renovierten Gebäude und Einrichtungen einem sinnvollen Zweck zugeführt, anstatt verschербelt zu werden. Eine Mehrheit der Angestellten könnte ihre Stellen behalten. Andererseits würde diese Art Nutzung dazu beitragen, dass ein gewisser Prozentsatz der jugendlichen IV-Rentner in geschützter Umgebung eine Ausbildung machen und allenfalls in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden könnte, anstatt zeitlebens eine Rente zu beziehen. Falls das Angebot auf ausserkantonale Klienten ausgeweitet werden könnte, wäre dies unter Umständen eine gewinnbringende Investition für den Kanton Bern.

Begründung der Dringlichkeit: Die bereits weit fortgeschrittenen Schliessungspläne für Prêles erfordern ein rasches Vorgehen, insbesondere um ein Abwandern der spezialisierten Fachkräfte zu verhindern.

Verteiler

- Wählen Sie ein Element aus
- Grosser Rat